

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 315 | 09/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

BILDUNG, SOZIALES,

LOHNVERHANDLUNGEN:

GEMEINSAM STREIKEN!



AUS DEM INHALT

» **Blau-Schwarz** scheint ausgemacht. Wie können wir Widerstand aufbauen, welche Strukturen brauchen wir dafür und welche Rolle sollten **Babler & KPÖ** dabei spielen? **Seiten 4+5**

Die **Autoindustrie** taumelt, sind E-Fuels die Lösung? Gleichzeitig steht der internationale **Klimastreik** an. Welche Strategien brauchen Arbeiter*innen- und Klimabewegung? **Seiten 7+13**

» Über **Österreichs Imperialismus am Balkan** und seine brutalen Folgen für Flüchtende sprechen wir mit Petar Rosandić von der Initiative SOS-Balkanroute **Seite 15**

WER

WIR

SIND



» Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen

Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Brigittenau 1

jeweils Mittwoch, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

ISA Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Aktuelle Infos unter slp.at/kalender,
Einwahldaten für Online-Treffen
unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 256000000008812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

1 Jahr Aufstand im Iran

Am Jahrestag der Ermordung von Jina Amini durch den iranischen Staat, welche die bisher größte Revolte gegen das Mullah-Regime auslöste (siehe S.16), wird es wieder Proteste geben. Wir organisieren wir gemeinsam

mit linken iranischen und kurdischen Initiativen eine Kundgebung in Wien.

16. September | 17:00
Platz der Menschenrechte | Wien

Teuerung: von Luftballons und Spiralen

von Sebastian Kugler

Es gibt “Geschenke”, die eigentlich eine Beleidigung sind – etwa die sogenannten “Anti-Teuerungsmaßnahmen” der Regierung. Die Einmalzahlungen sind uns bei der anhaltend hohen Inflation in den Händen zerronnen. Andere Maßnahmen sind höchstens lauwarmer Tröpfchen auf dem Asphalt der Sommerhitze und gehen an den eigentlichen Ursachen völlig vorbei. Denn das verteilte Geld soll nur den “Kaufkraftverlust” abfedern – was es kaum tut –, an der Preistreiberei ändert sich dabei gar nichts. Deswegen ist der Jubel von Politik und Medien über die “Abschwächung” der Teuerung heuchlerisch. Mag die offizielle Inflation im Sommer auf 7% “gefallen” sein – das ist noch immer der höchste Wert in Westeuropa. Die Durchschnitts-Inflation der Eurozone ist 5,5%; Griechenland liegt bei 3,5%, Dänemark bei 3,2%, Spanien bei 2,1%. Noch empörender: Der Mikrowarenkorb – also die Güter, die wir fürs tägliche Leben brauchen – bleibt unverändert bei einer Teuerungsrate von mehr als 10%. Auch die Mieten steigen mit 8% weiterhin höher als die offizielle Inflation.

Mythos Lohn-Preis-Spirale

In Vorbereitung auf die Herbstlohn-runden beginnt nun erwartungsgemäß die Propaganda von der “Lohn-Preis-Spirale”, also das Märchen, dass höhere Löhne die Preise treiben. Im Kapitalismus sind wir alle Warenverkäufer*innen – nur dass die allermeisten eben nichts anderes zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Wenn also die Preise aller anderen Waren offenbar steigen müssen, warum nicht auch jener der Ware Arbeitskraft, also die Löhne? In Belgien, wo es eine “gleitende Lohnskala” (automatische Anpassung der Löhne an die Inflation) gibt, liegt die Teuerung bei 1,7%!

Wir sehen: Inflation ist kein Naturgesetz. Die Preise “steigen” nicht einfach wie ein mit Helium gefüllter Luftballon. Sie werden nach oben getrieben – von den Chefetagen aller Produktionszweige, vom Erdöl bis zum Olivenöl –, während die Löhne gedrückt werden sollen. Wie das AK- und ÖGB-nahe Momentum Institut kürzlich nachgewiesen hat, sind es vor allem die Profite, welche die Teuerung in Österreich befeuern. Damit ist auch klar, was wir tatsächlich drücken müssen: Die Profite der Reichen. Doch was wurde aus der pompös beworbenen “Preise runter”-Kampagne von AK und ÖGB? Außer eine Reihe an frommen Wünschen an die Regierung und ein paar Fotos gar nichts. Wir können uns nicht nur viele Alltagsprodukte, sondern auch solche hohlen Image-Kampagnen nicht mehr leisten.

Kämpfen statt betteln

Die österreichische Wirtschaft ist im Sommer gegenüber dem Vorjahr um 0,4% geschrumpft. Besonders betroffen sind Industrie und Baugewerbe. Die Bosse und ihre Parteien werden das (neben der “Lohn-Preis-Spirale”) bei den Herbstlohn-runden – eröffnet von den Metaller*innen – als Argument nehmen, um uns Beschäftigte in Geiselnhaft zu nehmen. Die Gewerkschaftsführung wird sich nur zu gern als Geisel nehmen lassen, um nicht kämpfen zu müssen. Damit dürfen sie nicht durchkommen. Gute Argumente reichen nicht, wir müssen jetzt in den Betrieben einen Kampfplan ausarbeiten, um durch konsequente, kämpferische und demokratische Streiks – auch für eine gleitende Lohnskala! – die Angriffe zurückzuschlagen und in die Offensive gegen die Profitinflation zu kommen.





Was droht mit Schwarz-Blau III?

von Jan Millonig

Zurecht sind viele Menschen über die Umfragewerte der FPÖ und den Vormarsch von Schwarz-Blau in den Bundesländern besorgt. Immer mehr wird klar, dass wir auf eine blau-schwarze Bundesregierung hinsteuern.

Gesamtgesellschaftlich erleben wir jedoch nicht einfach einen Rechtsruck, sondern eine (nicht geradlinige) Polarisierung. Das bedeutet, dass sich immer klarer gegensätzliche Pole bilden, wenn auch in ungleicher Geschwindigkeit. Radikalisierung in Form von Rechtsextremen auf der Straße oder Andrew Tate im Internet auf der einen Seite und steigende Wut gegen Sexismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit, aber auch über das Versagen bei Klimaschutz und Teuerung – auch wenn der praktische Widerstand dagegen dem Vormarsch rechter Politik noch hinterherhinkt.

Der „Kulturkampf“ der Rechten gegen alles „Abnormale“ kann auch nicht unabhängig von sozialer Ungleichheit und sinkenden Lebensstandards gesehen werden. Denn das Establishment antwortet auf die sich verschärfenden Krisen und die Tatsache, dass sie keine wirklichen Lösungen gegen Inflation, Klimakrise und steigende Ungleichheit haben, mit Repression und Spaltung. Babler, KPÖ und andere Linke wären daher gut beraten, wenn sie Fragen von Rassismus und Diskriminierung nicht ignorieren oder unter dem Motto „Es gibt wichtigere Themen“ gegen soziale

Forderungen ausspielen, sondern diese zentral aufgreifen und als Teil des Kampfes für soziale Gerechtigkeit sehen würden.

Probelauf in den Bundesländern

Denn die Vorstöße von FPÖ/ÖVP in Salzburg, NÖ und OÖ haben sehr reale soziale Auswirkungen: „Deutsch als Pausensprache in Schulen“ oder „Gendern abschaffen“ soll migrantischen Jugendlichen, Frauen und nicht-binären Personen nicht nur zeigen, dass ihre Lebensrealitäten nicht relevant sind, sondern schafft auch künstliche und falsche Interessengegensätze. „Gemeindewohnung nur mit Deutschkenntnissen“ macht es Migrant*innen noch schwieriger, sich ein stabiles Leben aufzubauen, und soll alle anderen davon ablenken, wer eigentlich Schuld an Wohnungsnot und übersteuerten Mieten hat: Immobilienkonzerne und ein Staat, der diesen freien Lauf lässt. Statt zuzugeben, dass man Frauen keine ausreichenden und kostenlosen Möglichkeiten für Schwangerschaftsabbrüche zur Verfügung stellen will – eine Gesundheitsleistung, die ca. 30.000 mal im Jahr in Anspruch genommen wird –,

setzt man auf Hürden (Zwangsberatung) und Tabuisierung („Aufklärung über Alternativen“).

Proteste gegen rechte Mobilisierungen, aber auch gegen Sexismus, nehmen an Bedeutung zu. Hier braucht es Organisation, Koordination und politische Diskussionen unter den Aktivist*innen, um eine Strategie zu entwickeln, die Druck aufbauen kann. Auch in den anstehenden Arbeitskämpfen und Streiks im Sozial- und Bildungsbereich müssen wir die Benachteiligung von Migrant*innen, Frauen und LGBTQI+ ansprechen und in konkrete Forderungen fassen. Sozialistische Politik muss Kämpfe gegen alle Angriffe organisieren und die Rechte von Minderheiten, Migrant*innen, Frauen und LGBTQI+ verteidigen. Dem „Kulturkampf“ der Rechten müssen wir echte Lösungen für soziale Probleme, Rassismus und Sexismus entgegenhalten und eine sozialistische Systemalternative aufzeigen. Ein sozialistisches Programm muss aufzeigen, dass eine Gesellschaft, in der alle genug Platz und Ressourcen haben, möglich ist. Doch uns muss klar sein: Einer solchen stehen die Interessen der Reichen und Konzerne im Weg.

Info

Die Beziehung zwischen ÖVP und FPÖ ist alles andere als harmonisch. Die Ausnahme bei Zugangsbeschränkungen für Wohnen in Salzburg für Migrant*innen in Mangelberufen oder der Wunsch der Industriellenvereinigung

Kinderbetreuung auszubauen, um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken, zeigen auch, dass der ideologische „Kulturkampf“ manchmal kurzfristigen wirtschaftlichen (Ausbeutungs-) Interessen widerspricht.

Babler und KPÖ gegen Schwarz-Blau?

von Gerhard Ziegler
und Christoph Glaninger

Nach den nächsten Nationalratswahlen droht eine Neuauflage von Blau-Schwarz. Das lässt sich an den Aussagen beider Parteien ablesen und ist auch im Sinne der Herrschenden. Der Rechtsruck wird für die Herrschenden notwendig, Kickl und Co. werden – trotz aller Rechtsaußen-Rülpser – für die Bürgerlichen wieder salonfähig. Zur Sicherung ihrer Profite brauchen sie Kürzungen bei den Beschäftigten, niedrige Lohnabschlüsse, weitere Sparmaßnahmen bei Bildung, Gesundheit und Sozialem – und um von all diesen sozialen Problemen abzulenken, rassistische Propaganda und reaktionären “Kulturkampf”.

Die andere Seite sind jedoch die



11,7 % für die KPÖ in Salzburg und Babler, der eine 32-Stunden-Woche, Miet- und Energiepreisdeckel, Geld für Bildung, Gesundheit und Soziales, und Gleichstellung für Frauen und Migrant*innen fordert. Das macht Vielen Hoffnung, dass eine Antwort von Links möglich ist.

Tatsächlich würden wir Beschäftigte eine politische Kraft, die uns den Rücken stärkt und politische Initiativen setzt, dringend brauchen. Leider nützen Babler und KPÖ dieses Potenzial kaum. Babler versucht, den rechten Flügel in der SPÖ zu beruhigen und stützt sich vor allem auf die Führung

der Wiener SPÖ. Es widerspricht aber jeder Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, Kampf gegen Pflegenotstand und Ähnlichem, wenn die eigene Partei die Arbeitszeit für Spitalsärzte auf 55 Stunden erhöht und die Missstände in Krankenhäusern zu verantworten hat. Gleichzeitig beschränkt sich die KPÖ aus Wahlkalkül auf ein paar Themen und spielt kaum eine Rolle bei der Organisierung von Klassenkämpfen, feministischen und antirassistischen Protesten. Beide sehen den Weg zur Veränderung vor allem bei Wahlen und nicht in den Betrieben und auf der Straße.

Der Weg zur Kampfpartei

Turbulente Zeiten und massive Angriffe stehen bevor. Unter Schwarz-Blau wird es noch schlimmer werden. Es braucht jedoch mehr als nur Lippenbekenntnisse gegenüber Arbeitskämpfen und sozialen Bewegungen, nämlich konkrete Unterstützung und programmatische Perspektiven. Was wären Ansatzpunkte dafür?

Eine zentrale Babler-Forderung ist die Arbeitszeitverkürzung, die auch von der KPÖ gefordert wird. Auch in der Bevölkerung gibt es eine Mehrheit dafür. Damit könnten beide in den KV-Verhandlungen im Herbst in die Offensive gehen. Ein Beispiel: Der Autozulieferer Magna (Stmk.) hat eine sozialdemokratische Betriebsratsmehrheit und eine starke GLB- (also KPÖ-) Betriebsgruppe. Diese könnte

hier einen gemeinsamen “Vorbildkampf” führen.

Eine andere Möglichkeit sind die KV-Verhandlungen im Sozialbereich. Die Bedingungen sind katastrophal und viele KPÖ-Aktivist*innen sowie Babler-Unterstützer*innen sind Beschäftigte und Betriebsrät*innen in dieser Branche. Wenn hier Aktivist*innen gemeinsam mit Basisinitiativen wie “Sozial aber nicht blöd” (in der ISA-Mitglieder eine wichtige Rolle spielen) in die Offensive gehen, können wir die nötigen Verbesserungen erkämpfen.

Am 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen und queeren Personen. Österreich ist das Land der Femizide. Gleichzeitig geben 43% der Österreicher*innen

an, dass Frauen die am stärksten benachteiligte Gruppe sind. Hier gäbe es großes Potenzial, die Rechten anzugreifen und gleichzeitig die notwendige Finanzierung von Gewaltschutz durchzusetzen.

Es gibt unzählige weitere Beispiele wie Babler und die KPÖ bzw. auch nur einzelne Aktivist*innen ihre aktuelle Popularität nutzen können, um Kämpfe anzustoßen. Diese gemeinsamen Kämpfe hätten nicht nur das Potenzial Verbesserungen durchzusetzen, sondern würde auch Aktivist*innen mit und ohne Parteibuch zusammenbringen und zeigen, warum man für den Aufbau einer echten Kampfpartei sowohl mit Bürokratie als auch Wahl-orientierung brechen muss.



Heißer Herbst: Kämpfe zusammenführen und Streiks vorbereiten!

von Sarah Moayeri,
Pflichtschullehrerin

Der Sommer hat im Bildungsbereich kämpferisch begonnen: Tausende protestierten für bessere Arbeits- und Lernbedingungen. Die drohende Zerschlagung der Freizeitpädagogik hat gleichzeitig eine nie dagewesene Streikwelle der Kolleg*innen bei BiM (Bildung im Mittelpunkt) angestoßen. Initiativen haben sich zusammengetan, um diese Kämpfe zusammenzuführen. Kurz darauf protestierten Pflichtschullehrer*innen gezielt vor der GÖD (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst) und forderten konkrete Kampfmaßnahmen ein. Von der Basisinitiative "Schule brennt" wurde eine Petition an die Gewerkschaft gestartet, die Streikvorbereitungen zur Durchsetzung der notwendigen Forderungen einfordert.

Im Bildungsbereich brodelt es weiter

Diese Dynamik müssen wir mit Schulbeginn wieder aufnehmen. Denn der Kampf um die Freizeitpädagogik ist noch nicht vorbei. Die Pensionierungswelle erreicht ihren bisherigen Höhepunkt, hunderte Stellen sind für das kommende Schuljahr noch unbesetzt. Die Regierung beantwortet Personalmangel und steigende Burn-Out Quoten ausschließlich mit mehr Quereinsteiger*innen – jetzt auch aus dem Bundesheer, was eine drohende

Militarisierung an Schulen bedeutet. In der Elementarpädagogik sieht es nicht besser aus: In Wien fehlen 570 Beschäftigte in öffentlichen Kindergärten, der Mangel ist seit Anfang des Jahres um 14% angestiegen. Vergangene Aktionstage haben in den letzten Jahren das Potential für Streiks gezeigt. Auch an den Unis und in der Erwachsenenbildung regt sich immer mehr Widerstand. Der Bildungsbereich hat das Potential, im Herbst vorzupreschen und andere Beschäftigtengruppen zu inspirieren. Weitere Aktionen werden schon geplant – jetzt wird es Zeit für eine Aktionskonferenz, auf der Forderungen diskutiert und nächste Schritte demokratisch geplant werden können.

Herbstlohnrunder: Für branchenübergreifende Streiks!

Der Personalmangel betrifft nicht nur den Bildungsbereich. Gerade in den Branchen wie im Sozial- und Gesundheitsbereich verlassen immer mehr Kolleg*innen ihren Job. Gleichzeitig bleibt die Inflation weiter auf einem hohen Niveau: Der Arbeitsdruck steigt, während das Lohnniveau sinkt. Gerade für die kommenden Kollektivvertragsverhandlungen bedeutet das aber auch einen gewissen Rückenwind. Der Kampf gegen den Personalmangel braucht sowohl massive Lohnerhöhungen und eine automatische Anpassung der Löhne und

Gehälter an die Inflation, als auch eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich. Die Forderung von Babler nach einer 32-Stunden-Woche ist populär und sollte Anlass für die Gewerkschaften sein, branchenübergreifende Streiks genau dafür zu organisieren. Das Potential dafür ist riesig und wir dürfen bei der Vorbereitung nicht auf die lahme Gewerkschaftsführung warten: Der Warnstreik der Ärzt*innen in Ottakring gegen den Personalnotstand war ein Beispiel für Organisation an der Basis, auch ohne bzw. gegen die Gewerkschaftsführung. Solche Organisationsprozesse und Aktionen können wiederum den notwendigen Druck auf die Gewerkschaften aufbauen. Denn sie werden auch dieses Jahr versuchen, die verschiedenen Kämpfe rund um die KV-Verhandlungen voneinander zu trennen. Stattdessen können wir an der Basis daran arbeiten, gemeinsame Streiktage sowie Demonstrationen zu organisieren: Von den Schulen, über die Spitäler bis hin zur Eisenbahn.

Info

» Die Basisinitiative "Sozial aber nicht blöd" organisiert am **8. September** ein erstes **Herbsttreffen in Wien**, um Arbeitskämpfe im Sozial- und Gesundheitsbereich vorzubereiten und vergangene Kämpfe zu bilanzieren.

Rohrkrepiierer der Verbrenner- Industrie

beide Artikel von Stefan Brandl

Nehammer bekennt sich zum "Auto-land" Österreich - gemeint ist damit die für das Klima und für die soziale Mobilität katastrophale weitere Förderung des Individualverkehrs statt des Ausbaus von öffentlichen Verkehrsmitteln. Doch es kommt noch schlimmer: Statt hier dann - wie in vielen anderen Teilen der Welt - auf E-Autos zu setzen, hält man am Verbrenner-Motor fest. Geändert werden soll nur, was verbrannt wird: "E-Fuels" (= Elektro-Treibstoff, synthetisch hergestellt) sind die neue Hoffnung. Warum aber genau in Österreich?

Die österreichische Autoindustrie ist von der Weltwirtschaft nicht isoliert: Insbesondere mit Deutschland gibt es enge Verbindungen und Abhängigkeiten. Die österreichische Industrie ist dabei hauptsächlich Zulieferin - 87% aller Produkte werden exportiert, mehr als die Hälfte nach Deutschland. Die deutsche

Autoindustrie strauchelt selbst enorm: Stellen werden massenhaft abgebaut. Vor allem die Zulieferer mit einem Beschäftigungsrückgang von 6%. Der neue Kalte Krieg zwischen China und den USA geht auch an der deutschen Industrie nicht vorbei: Chinesische Akkus für E-Autos können nicht wie bisher importiert werden. Darum wurde versucht, diese selbst zu produzieren. Doch man konnte mit den chinesischen Akkus nicht mithalten. Weil hier der Wettbewerb verloren worden ist, wird jetzt versucht, mit E-Fuels eine eigene Nische zu finden - mit Märchen von "Nachhaltigkeit" soll über deutsche (und österreichische) Kapitalinteressen hinweg getäuscht werden.

Doch E-Fuels sind keine Lösung: Sie speichern nur 40% der Energie des Stromes, der für die Synthetisierung notwendig ist - der Verbrenner-Motor (egal mit welchem Treibstoff) kann dann wiederum nur rund 30% der Energie des Kraftstoffes zur Fortbewegung nutzen: Das Ganze hat also einen Wirkungsgrad von ca. 12% - "Klimafreundlichkeit" sieht anders aus. Gleichzeitig retten E-Fuels auch keine Jobs: Selbst die auf Verbrenner spezialisierte Industrie in (Ober-) Österreich baut seit 2018 Jobs ab, Zulieferer leiden darunter genauso. Gewerkschaftsführungen finden bis jetzt keine Antworten auf das künstlich geschaffene "Jobs-Klima" Gegensatzpaar (siehe S.13).



Foto: Michiel1972, CC BY-SA 3.0

Verkehrswende statt Antriebswende

Im deutschen Hauptwerk von Ford sollen 3,000 (von 14,000) Jobs abgebaut werden - Schuld seien die E-Autos, weil sie aus weniger Teilen bestehen und leichter zusammenzubauen sind. ZKW, ein Zuliefer-Betrieb in Österreich, kündigte an, dass 600 Stellen gestrichen würden. Der Grund: "Steigende Energiekosten". Das ist nur die Spitze des Eisbergs: Durch die Abhängigkeiten von Deutschland wird Österreich öfter und mehr Stellen abbauen müssen. Der Kapitalismus hat uns nicht mehr zu bieten als die Wahl zwischen fossilen Dreckschleudern mitsamt SUVs

oder "Stellenabbau wegen Klima". Eine Umstellung auf E-Autos kratzt hier auch nur an der Oberfläche und steht vor denselben Problemen: Fachkräfte fehlen, Investitionen werden nicht getätigt, Bahn und ÖPNV sind unterfinanziert - wenn Verkehrsbetriebe den Fahrplan zusammenrücken, dann nicht weil niemand Öffis fährt, sondern weil die Infrastruktur und die Flotten (Busse, Straßenbahnen, etc.) nicht "rentabel" sind.

Wir brauchen keine "Transformation" des Antriebs, sondern ein anderes Wirtschaftssystem und damit verbunden die Vergesellschaftung

der Fahrzeugindustrie unter der demokratischen Kontrolle von Beschäftigten - den wahren Expert*innen. Die Proteste müssen unter gemeinsamen Aktionen und Forderungsprogrammen zusammengeführt werden. Nur so können alle Jobs, Löhne und Arbeitsbedingungen sichergestellt werden. Für diese echte Mobilitätswende gibt es genug Bündnispartner*innen: Klimabewegung, Beschäftigte der Autoindustrie und die gesamte Arbeiter*innenbewegung.

Protest gegen Rammstein in Wien

von Christina Schilcher

Im Juni und Juli durfte Rammstein trotz der Vorwürfe bei allen geplanten Konzerten in Deutschland auftreten. Es kam zu den ersten Demonstrationen vor den Konzerten: in München waren 150 Demonstrant*innen vor Ort, in Berlin ungefähr 350. Bei den Demos wurde es immer wieder brenzlich, es fielen häufig sexistische Meldungen von Rammstein-Fans, teils wurden Gegenstände geworfen, es kam zu Androhungen von Gewalt. Die Rammstein-Konzerte am 26./27. Juli in Wien durften trotz mehreren lautstarken Aufrufen, es abzusagen, ebenfalls stattfinden. Erst Tage zuvor hatte eine Österreicherin schwere Vorwürfe gegen Sänger Till Lindemann erhoben.

Eine ROSA-Aktivistin berichtet:

„Es war meine allererste Demonstration. Bei der Demo fällt mir sofort auf, dass sich bereits eine sehr große

ISA in Aktion



Anzahl an Menschen versammelt hat. Ich hatte mit maximal 350 Personen wie in Berlin gerechnet – am Ende sollen es in Wien 1.800 gewesen sein. Meine Nervosität verfliegt so langsam. Eine Atmosphäre des Zusammenhalts und der Solidarität wird spürbar. Teilweise machen sich auch die Rammstein-Fans bemerkbar, die sich in kleinen Grüppchen vor der Abspernung zur Demo versammelt haben. Mal fotografieren sie, mal schreien sie uns an, meistens starren sie nur.

Die Demo war vor allem ein Zeichen der Solidarität und Unterstützung, aber es darf auch nicht vergessen werden, dass Sexismus in der Kulturindustrie

System hat und untrennbar mit dem Profitsystem zusammenhängt. Verantwortliche in der Industrie schauen absichtlich weg und profitieren vielleicht sogar noch davon. Rammstein sind nicht die Einzigen. Um etwas zu ändern, brauchen wir ausreichend Frauenhäuser und Schutzeinrichtungen für queere Personen, Kampagnen gegen Sexismus am Arbeitsplatz uvm.

Ich bin froh, dass ich hergekommen bin, stolz, dass so viele weitere Menschen hier waren. Hier zu sein und meinen kleinen Beitrag zu leisten, hat ein gestärktes Gefühl in mir hinterlassen. Ich bin nicht allein, und die Opfer sind es auch nicht.“

ISA-Sommercamp und „Marx im Park“

Auch wenn dank Klimawandel, Krieg und anderen Krisen die Zeiten von politischen Sommerpausen eher vorbei sind, nutzten wir den Sommer für unsere politische Ausbildung. Zuerst bei „Marx im Park“-Treffen, wo wir in ungezwungener Atmosphäre grundsätzliche Fragen anhand aktueller politischer Themen wie psychischer Gesundheit, Rechtsruck oder Lokalpolitik diskutierten.

Jährliches Highlight ist unser Sommercamp am Turnersee in Kärnten/Koroška. An sechs Themen-Tagen fanden Workshops zu wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, Bewegungen, sozialistischem Feminismus und der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung statt. In Diskussionen

näherten wir uns gemeinsam den Themen und vertieften unsere Analyse. Gemeinsam mit zahlreichen teilnehmenden ROSA-Aktivist*innen brachten wir Fragen von sexistischer, rassistischer und queerfeindlicher Unterdrückung in einen theoretischen, praktischen und historischen Kontext.

Auch dieses Jahr waren viele internationale sozialistische Aktivist*innen anwesend, z.B. aus Deutschland, Belgien, Irland und Rumänien. Mit ihnen konnten wir uns nicht nur politisch inhaltlich, sondern auch über Erfahrungen in der praktischen Arbeit austauschen. Zu guter Letzt kamen wir am letzten Tag wieder vom Abstrakten ins Konkrete und pflanzten unsere zentralen Aktivitäten im Herbst..



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 315 | 09/2023

SCHWERPUNKT



INTERNATIONAL

IST MUSS!

Was haben Themen wie Klimawandel, Frauenunterdrückung, Inflation und Migration gemeinsam? Diese Probleme sind international präsent, wenn auch mit verschiedenen Gesichtern. Für keines davon gibt es Lösungen auf der Ebene von Nationalstaaten oder des Kapitalismus. Um echte Lösungen durchzusetzen, braucht es internationale Bewegungen. Schließlich wird sich der Ausstoß von Treibhausgasen und die Bekämpfung von Fluchtursachen nicht nur im „kleinen Österreich“ bekämpfen lassen.

Des Weiteren darf nicht vergessen werden, dass die Herrschenden, das sind Großkonzerne und Regierungen, ebenso auf internationaler Ebene agieren. So sind Firmen wie Amazon weltweit zu finden und in Arbeitskämpfen vermeintlich unbesiegbare Gegner. Doch deren Macht kann gebrochen werden, indem sich die Arbeiter*innen international organisieren und streiken. Beispiele für solche Streiks gibt es immer

wieder: bei Amazon organisieren sich die Kolleg*innen international, bei Ryanair streikten 2018 Kolleg*innen in Portugal, Italien, Spanien, Belgien, Britannien, Deutschland und Irland koordiniert. Allgemein sehen wir, dass das Bewusstsein von Arbeiter*innen und Jugendlichen immer internationalistischer wird. Man lernt von Erfolgen und Niederlagen in anderen Ländern, wird inspiriert usw. Denn tatsächlich brauchen wir internationale Solidarität, um unsere Kämpfe zu gewinnen.

Marx fasste diese Notwendigkeit in dem bekannten Ausruf am Ende des kommunistischen Manifests mit dem Satz “Proletarier aller Länder, vereinigt euch!” zusammen. Auf Basis dieser Notwendigkeit gründete er auch 1864 gemeinsam mit anderen Arbeiter*innenorganisationen die sogenannte “1. Internationale”. Dieser folgten unterschiedliche weitere Projekte, eine internationale Organisation der Arbeiter*innenklasse aufzubauen, aus denen

wir wertvolle Erfahrungen gewinnen können. Als Internationale Sozialistische Alternative bauen wir auf den Erfahrungen aller dieser Internationalen auf und versuchen sie auf die heutige Situation umzulegen. Die ISA, deren Teil wir sind, hat Sektionen auf allen Kontinenten. Wir lernen nicht nur von unseren Erfahrungen und entwickeln ein gemeinsames Programm (siehe S.17). Die ISA in Österreich hat in den letzten Jahren Proteste mit Tausenden in Solidarität mit der Bewegung im Iran organisiert, Geld in Solidarität mit den Antikriegsprotesten in Russland gesammelt und Arbeitskämpfe in Slowenien und Serbien unterstützt. Internationalismus steht im Zentrum der ISA, nicht nur im Namen.

Der Schwerpunkt wurde geschrieben von: Oliver Giel, Margarita Wolf, Anna Hiermann, Nico Rastelli und der Vorwärts-Redaktion



slp.at



Internationale Sozialistische Alternative (ISA)



@isa_oesterreich

Die Internationalen und ihre historischen Aufgaben

Internationale Organisierung ist notwendig, um Strukturen aufzubauen, die den Kapitalismus bekämpfen können. Die Geschichte der internationalen Arbeiter*innenorganisationen reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück. Eine reiche Geschichte aus Erfahrungen und Debatten, aus denen wir noch heute enorm viel im Aufbau einer Internationalen Sozialistischen Alternative lernen können.

1864 wurde die Internationale Arbeiterassoziation gegründet. Sie entstand aus der Erkenntnis, dass der Kapitalismus als Wurzel aller sozialen und gesellschaftlichen Probleme ein internationales System ist, das auch international bekämpft werden muss. Sie war ein breites Bündnis von Sozialist*innen, um Marx und Engels, allerdings auch von Anarchist*innen um Bakunin. Die Marxist*innen erkannten, dass die Gründung von Gewerkschaften und Parteien, die sich für Arbeiter*inneninteressen einsetzen und Kampfmethoden wie z.B. Streiks nutzten, ein Muss war. Internationale Solidarität war die oberste Priorität. Doch nicht alle teilten diese Orientierung. Während die Marxist*innen den Weg im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus im Aufbau von Massenorganisationen und Klassenkampf sahen, propagierten Anarchist*innen individuelle Terroraktionen – was schließlich auch neben anderen Unterschieden zum Auseinanderbrechen der 1. Internationale führte. Auch heute stellt sich diese Frage z.B. in der Klimabewegung: erreichen wir Veränderung durch radikale individuelle Aktionen oder durch Organisation und Massenkämpfe von Arbeiter*innen und Jugendlichen?

Weder Anarchismus noch Reformismus

Die 2. Internationale – auch „Sozialistische Internationale“ genannt – machte dort weiter, wo die Erste aufgehört hat und entwickelte sich als ein Zusammenschluss sozialdemokratischer Massenparteien (damals noch mit systemüberwindendem Anspruch). Die internationale Arbeiter*innenbewegung wuchs enorm, doch veränderte sich das Bewusstsein

der Parteiführungen langsam – während die Notwendigkeit einer Revolution von frühen Marxist*innen immer unterstrichen wurde, fing nun die Debatte an, ob es die Möglichkeit gäbe, sich durch das Parlament zum Sozialismus „hinzureformieren“ (Reformismus). Dies ist auch heute eine noch häufig vertretene Idee, da sie einfacher scheint als eine Revolution. Jedoch scheitert gerade der Reformismus an der Realität. Die Massenparteien der 2. Internationale unterstützten schlussendlich ihre eigenen Herrschenden im Massenmord des Ersten Weltkrieges. Heute sehen wir das Scheitern des Reformismus z.B. bei den linken Regierungen in Lateinamerika, die an den Widersprüchen des Kapitalismus zerbrechen und so die Rückkehr der extremen Rechten vorbereiten.

Der Verrat an der internationalen Solidarität führte zum Ersten Weltkrieg, der Millionen Menschenleben stahl. Die Arbeiter*innen, die zu Hause geblieben waren, mussten hungern, während ihre Freund*innen und Familienmitglieder auf den Schlachtfeldern starben. Dies führte zu Protesten – unter anderem in Russland, wo Lenin mit anderen Marxist*innen eine revolutionäre Partei aufgebaut hatte, die 1917 die Oktoberrevolution anführte und zum ersten Mal die Arbeiter*innenklasse an die Macht brachte. Revolutionär*innen – wie Lenin und Luxemburg – verstanden unter einer revolutionären Partei eine marxistische Organisation, die sich durch ihre tagtägliche Arbeit in den Kämpfen der Klasse eine Verankerung aufbaut, um in einer revolutionären Situation den Unterschied zu machen. So eine Partei braucht nicht einfach Mitglieder, sondern Aktivist*innen, die auch persönlich durch ihre Erfahrungen im Klassenkampf

und marxistische Theorie diese Rolle spielen können (sogenannte Kader).

Kampf gegen Stalinismus und Faschismus

Diese Erfahrungen führten zur Gründung der 3. Internationale, die weltweite Ausbreitung der Revolution zum Ziel hatte. Die frühe „Komintern“ legte die theoretischen Grundlagen für die Organisierung von Marxist*innen, auf denen wir noch immer aufbauen. Dazu gehörten auch Vorfeldorgstrukturen, z.B. eigene Plattformen für den Kampf gegen Frauenunterdrückung. Mit der Gründung von ROSA International setzen wir als ISA gezielt diese Tradition fort.

Der Charakter der 3. Internationale änderte sich allerdings mit Bürokratisierung und Stalinisierung infolge der Isolation der Revolution. Unter Stalins Herrschaft verwandelte sich die 3. Internationale von einer Organisation der Arbeiter*innen zu einem außenpolitischen Instrument der Sowjetbürokratie. Diese stellte ihr Eigeninteresse vor den gemeinsamen Kampf von sozialdemokratischen und



kommunistischen Arbeiter*innen gegen den Faschismus. Diese Fehler führten in Deutschland – dem Land mit der stärksten Arbeiter*innenbewegung außerhalb der Sowjetunion – zum kampflosen Sieg des Nazi-Faschismus.

Während die 3. Internationale immer mehr zweckentfremdet wurde, bildete sich rund um Trotzki die „Linke Opposition“, die dem Stalinismus trotzte. Sie forderte ein Ende der Bürokratisierung innerhalb der Sowjetunion sowie einen echten internationalen Kampf für die sozialistische Weltrevolution. Mit der Zeit wurde jedoch immer klarer, dass es unmöglich war, die 3. Internationale zu reformieren: in der Sowjetunion wurden Internationalist*innen brutal verfolgt und aus Hitlers Sieg wurden keine Lehren gezogen. Darum veröffentlichte Trotzki 1938 den Gründungstext der 4. Internationale, das „Übergangsprogramm“. Es entstand in einer Zeit von Krise und Inflation, dem Aufstieg der extremen Rechten und der Machtübernahme des Faschismus in einigen Ländern sowie zur Zeit einer Krise innerhalb der Linken. Die 4. Internationale positionierte sich gegen Faschismus, aber auch Stalinismus, und unterstrich mit dem Übergangsprogramm die Notwendigkeit, jeden einzelnen Kampf mit dem Ziel einer sozialistischen Alternative zu verbinden. Diese Schlussfolgerung ist gerade heute, in der tiefsten Krise des Kapitalismus seit Jahrzehnten, zentral. Die 4. Internationale spielte eine wichtige Rolle in der Gewerkschaftsbewegung in den USA, sie führte 1953 einen Generalstreik in Sri Lanka an und wurde dort

zur Massenkraft. Aber die wichtigste Leistung war die Fortsetzung einer revolutionär-marxistischen Tradition. Auch heute sehen wir, welche zentrale Rolle kleine Gruppen spielen können, wenn sie sich auf klarer marxistischer Grundlage organisieren, z.B. ist es unserer US-Schwesterorganisation trotz der Opposition des reichsten Mannes der Welt, Jeff Bezos, eine Steuer auf Superreiche durchzusetzen.

Eine lebendige Tradition

Die 4. Internationale wurde nicht nur durch Faschismus, sondern auch durch Stalinismus und bürgerliche Regierungen verfolgt. Trotzki wurde 1940 von einem stalinistischen Agenten ermordet. Diese Verluste schwächten die 4. Internationale massiv. Kapitalismus und Stalinismus stabilisierten sich. Die Nachkriegszeit brachte einen Aufschwung. Den Führer*innen der 4. Internationale gelang es nicht, sich an diese Situation anzupassen, was zu inneren Konflikten, Spaltungen und Bedeutungsverlust führte. Aus diesem Prozess entstanden unsere direkten politischen Vorläufer*innen, die später das CWI gründeten, dessen Nachfolgerin die ISA ist.

Die wichtigste Eigenschaft unserer Strömung: die lebendige Anwendung des Marxismus auf die aktuelle Periode. Egal ob das die politische Arbeit innerhalb der sozialdemokratischen Massenparteien bedeutete, um die Arbeiter*innen dort zu erreichen, die eigenständige Arbeit und antifaschistische Kampagnen in den 1990ern (inklusive einer Demonstration mit 40.000 Personen in Brüssel) oder die Gründung von ROSA International und einen Fokus auf sozialistischem Feminismus heute.

Die Geschichte der Internationalen ist ein widersprüchlicher Prozess. Er zeigt vor allem: Marxismus lebt von der permanenten theoretischen Weiterentwicklung und der dynamischen Anwendung der Analyse auf die aktuelle Situation. Sonst droht er abzustumpfen und zu verknöchern. Dieser Herausforderung stellen wir uns auch heute als ISA.



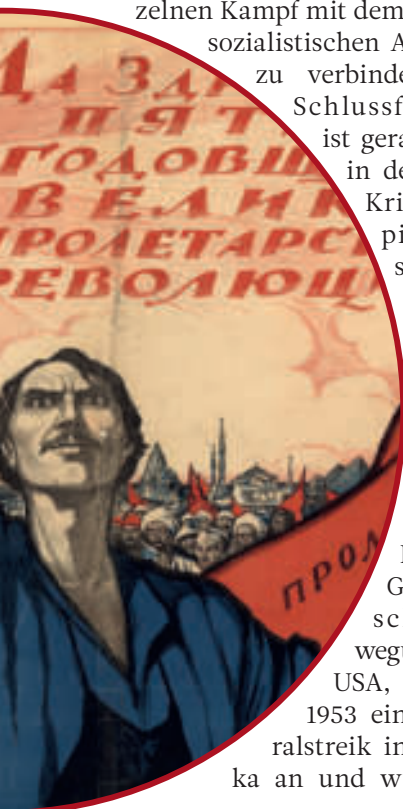
Marx Aktuell: Trotzkis Marxismus

von Oliver Giel

Für Andi Babler ist Marxismus eine „gute Brille, um auf die Welt zu schauen“, aber heißt das für heute? Leo Trotzki wandte den Marxismus auf die Zeit von Faschismus, Stalinismus und antikolonialer Revolutionen an, was viele seiner als „Trotzkismus“ bezeichneten Ideen noch heute relevant macht.

Bei den russischen Revolutionen 1905 und 1917 sah Trotzki, dass das Bürgertum kein Interesse hatte, das Zaren-Regime zu stürzen. Darum betonte er die Notwendigkeit, dass die Arbeiter*innenklasse unabhängig von bürgerlichen, d.h. pro-kapitalistischen Parteien, die „Revolution in Permanenz“ (Marx) fortführen muss; dass also der Kampf für Demokratie, Landreform usw. nur erfolgreich sein kann, wenn der Kapitalismus gestürzt wird. Das gilt für heute noch viel mehr (siehe S.16)!

Trotzki erkannte die Gefahr der autoritären und rechtsextremen Bewegungen, die schließlich im Faschismus mündeten. Aus Marx' Analysen der gescheiterten Revolution 1848 in Frankreich und dem Putsch von Napoleons Neffen Louis Bonaparte zog er Lehren für solche gefährlichen Dynamiken, die wir auch heute wieder sehen: Wenn es der Arbeiter*innenklasse und ihrer politischen Führung nicht gelingt, in gesellschaftlichen Krisen einen sozialistischen Ausweg zu zeigen, können autoritäre („bonapartistische“) Regime entstehen – und demokratische sowie soziale Errungenschaften und Organisationen der Arbeiter*innenklasse brutal angreifen. Dagegen schlug Trotzki die „Einheitsfront“ vor, einen gemeinsamen Kampf von unten statt der sozialdemokratischen und stalinistischen „Volksfronten“ (Bündnisse mit bürgerlichen Parteien) oder gar die katastrophale Übernahme der Forderungen der Rechten, um sie auf ihrem eigenen Feld zu schlagen. Denn so werden von Rassismus und Sexismus betroffene Teile der Klasse verraten und sie dadurch geschwächt. Auch in Österreich verleitet eine starke FPÖ bis heute dazu, lieber das „kleinere Übel“ zu wählen – was das größere Übel noch größer macht. Statt auf Verbesserungen von oben zu hoffen, müssen wir wieder unabhängige Organisationen aufbauen.





Mit der ISA in 30 Ländern um die Welt!

von Margarita Wolf

Die Internationale Sozialistische Alternative ist Teil der breiten internationalen Bewegung der Arbeiter*innenklasse und der Unterdrückten. Auf fünf Kontinenten kämpfen unsere Sektionen für den Aufbau der Arbeiter*innenbewegung und Arbeiter*innenparteien. Unser Ziel ist es, die Bewegung der Arbeiter*innenklasse und der Jugend weltweit mit den besten Traditionen und Lehren der IV. Internationalen zu unterstützen – ein sozialistisches Programm einzubringen, um den Kapitalismus zu stürzen.

In den USA ist Socialist Alternative (SALT) damit beschäftigt, die Reorganisation der Arbeiter*innenklasse voranzutreiben. Der Kampf für eine Gewerkschaft in Amazons Zentrallager in Kentucky zeigte den Willen, sich zu organisieren. Wir organisierten vor Ort Solidarität aus dem ganzen Land und diskutierten mit den Beschäftigten die nächsten notwendigen Schritte.

In Britannien gibt es starke Gewerkschaften, die allerdings oft eine bremsende Rolle spielen. Durch die Inflationskrise und die kämpferische Basis, deren aktiver Teil auch die Aktivist*innen der englisch/walisisch/schottischen ISA-Sektion (ebenfalls mit dem Namen Socialist Alternative) sind, sahen sich die Gewerkschaften jedoch gezwungen, die „Enough is Enough“-Kampagne ins Leben zu rufen. Ihr Ziel ist es, die Kämpfe und Proteste in den unterschiedlichen Bereichen zusammenzuführen. Unsere Betriebsrät*innen bringen Vorschläge

ein, wie die Forderung nach einem Generalstreik. Ein solcher Aktionsplan ist wichtig, um die Kampfkraft und das Selbstbewusstsein der Beschäftigten zu stärken. Dies braucht es auch zum Aufbau von Strukturen bzw. neuen Arbeit*innenparteien, die wir dringend brauchen, um die Angriffe der herrschenden Klasse gemeinsam abzuwehren. Die ISA bringt sich überall ein, wo sich diese in Ansätzen gebildet haben, zum Beispiel in Deutschland bei der Gründung von „Die Linke“.

Hoch die internationale Solidarität!

In Zeiten der Krise setzt die herrschende Klasse auf Spaltungsmechanismen. Dem entgegen stellen sich Millionen junger Frauen und queerer Menschen. Um diesen Schichten eine Plattform zu bieten, hat die ISA die sozialistisch, feministische Organisation ROSA ins Leben gerufen. Die irische Sektion, die Socialist Party (SP), hat vor fünf Jahren mit einer ROSA-Kampagne erfolgreich das Recht auf Abtreibung erkämpft.

Eine andere Ebene der Spaltung ist die des Rassismus bzw. der sogenannten „nationalen Frage“. Die FPÖ in Österreich ist Teil des internationalen Aufstiegs rechtsextremer und autoritärer Phänomene. In Brasilien waren die Aktivist*innen der ISA von Liberdade, Socialismo e Revolução (LSR) als Teil der Linkspartei P-SoL stark in den Kampf gegen die Bolsonaro-Regierung und die Putschgefahr danach involviert. In der Erfahrung von internationaler Solidarität in Arbeitskämpfen

und durch das Erkennen der gemeinsamen Interessen von Arbeiter*innen weltweit kann die Spaltung überwunden werden. In Israel/Palästina steht unsere Sektion Tnuva't Maavak Sozialisti/Harakat Nidal Eshtaraki („Bewegung Sozialistischer Kampf“) seit Jahrzehnten an der vordersten Front, wenn es um den Kampf gegen die Besatzung, Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung geht. Dabei sind sie für einen gemeinsamen Kampf von israelischen und palästinensischen Arbeiter*innen gegen die herrschenden Klassen der Region aktiv – und für eine sozialistische Föderation im Nahen Osten.

In vielen Teilen der Welt sind die Sektionen der ISA mit Verfolgung und Repression konfrontiert. In Nigeria wurde zuletzt 2021 eine Aktivistin des Movement for a Socialist Alternative (MSA) auf einer Demonstration von einem Polizisten erschossen. Nichtsdestotrotz sind unsere Mitglieder aktiv in den Gewerkschaften und versuchen Streiks gegen die horrenden Spritpreise zu organisieren. In China und Hongkong gibt es überhaupt keine Möglichkeit, sich legal zu organisieren. Dennoch kämpfen ISA-Aktivist*innen für Demokratie und verbinden Arbeitskämpfe mit dem Kampf gegen die Diktatur.

Viele Beispiele fehlen in dieser Aufzählung – was jedoch noch dringender fehlt, bist du! Werde mit unserer internationalen sozialistischen Bewegung aktiv und kämpfe mit uns für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, eine demokratische und sozialistische Welt!

Wer sitzt aller in diesem Boot?

von Till Ruster

Klimadebatten in den Medien drehen sich fast immer nur um Fliegen, Autos oder Fleisch. Es geht immer darum, was "Du" tun oder lassen sollst. Dabei ist die größte und wichtigste Stellschraube die Produktion, auf die kaum eine Einzelperson Einfluss hat. Hier wird der Großteil der Energie verbraucht und ein großer Teil der Treibhausgase ausgestoßen. Die Antwort auf die Klimakrise muss eine gewaltige Umstellung der Produktion sein, alle anderen Maßnahmen sind eher Begleitmusik.

Davon sind vor allem Arbeiter*innen betroffen. Es geht um Veränderungen an Millionen Arbeitsplätzen, den Umbau von Industriezweigen und den Aufbau von ganz Neuen. Viele Konzerne gaukeln einen Umbau vor, indem sie Pseudo-Lösungen präsentieren, die nichts ändern ("Greenwashing"). Das zeigen auch absurde Irrwege wie "E-SUVs". Krieg, Krise und Inflation haben nun selbst diese homöopathischen Initiativen zugunsten des alten fossilen Kapitals zurückgedrängt (siehe S.7). Kurzfristige Profite werden immer wichtiger sein als die Folgen. Selbst dort, wo nicht rein zum Schein umgestellt wird, interessieren sie die Interessen von Arbeiter*innen, z.B. nach einem sicheren Arbeitsplatz, überhaupt nicht. Damit beschwören sie einen scheinbaren Konflikt zwischen Beschäftigten und Klima.

Die Arbeiter*innenbewegung muss eine Klimabewegung sein

Die Umstellung der Produktion liegt in den falschen Händen, so kann es nicht funktionieren. Diese Aufgabe können nur die Beschäftigten stemmen, die als Expert*innen für ihre Bereiche alles neu organisieren können. Ja, es geht um eine sozialistische, demokratisch geplante Wirtschaft, aber es geht auch schon jetzt darum, die organisierte Arbeiter*Innenklasse für ihre Rolle bei der Lösung der Krise zu mobilisieren.



Info

Am **15.9.** findet der nächste **internationale Klimastreik** statt. Informiere und diskutiere darüber mit deinen Freund*innen, Kolleg*innen und Interessensvertreter*innen (z.B. Betriebsrät*innen) und kommt mit uns zu den Streiktreffpunkten in **Wien, Linz** und **Graz!**

Derzeit bringt die Klimabewegung keine Millionen mehr auf die Straße, wie das noch vor Corona mit Fridays for Future der Fall war. Viele der damals zentralen Aktivist*innen sind aber trotzdem noch aktiv. Manche sind bei der "Letzten Generation" gelandet, deren Methode wenig zielführend ist. Andere aber haben ihre Strategien verfeinert und wichtige Schlüsse gezogen: Sie erkennen die Bedeutung der Arbeiter*innenbewegung als Bündnispartner*in. Als letzten November die ÖBB streikten, organisierte Fridays for Future Solidaritäts-Aktionen mit den Beschäftigten. Schon als 2020 der Sozialbereich streikte, besuchten Klima-Aktivist*innen Streikversammlungen, um sich solidarisch zu zeigen und zusammen zu diskutieren. Immer wurden die Aktivist*Innen sehr gut aufgenommen: Die Klimakrise ist längst in der Arbeiter*Innenklasse angekommen, die Gewerkschaftsführungen tun aber nichts, als

grün zu blinken. Seit Jahrzehnten ignorieren sie alles abseits ihrer "Kernthemen" und auch dort setzen sie fast ausschließlich auf "Verhandlungen", ohne zu kämpfen - Niederlagen sind so vorprogrammiert.

Es ist allerhöchste Zeit, dass die Gewerkschaften sich einmischen und die Kapitalist*Innen davon abhalten, die Erde an die Wand zu fahren. In der Praxis stehen sie aber oft an der Seite der Konzerne - wie in Deutschland, um den Braunkohletagebau zu "retten". Stattdessen wäre es ihre Aufgabe, wirklich für die Interessen der Beschäftigten zu kämpfen und für Erhalt der Jobs, z.B. als Unternehmen für Wiederaufforstung oder in einer nachhaltigen Energieindustrie zu streiten.

Die Seite der Konzerne ist die Verliererseite für die Rettung des Klimas. Gewerkschaften haben dort nichts verloren - an der Seite der Klimabewegung aber alles zu gewinnen!

Barbie : ein Beitrag zum (sozialistischen) Feminismus?

von **Celina Brandstötter, Sarah Moayeri, und Roberta F.**

„Barbie“ wird heiß diskutiert: Viele Frauen und Queers finden sich im Film wieder. Das erklärt auch den unglaublichen Hype und die Rekorde, die er schon gebrochen hat. Konservative und Rechte erklären ihn zur ‚woken‘ Propaganda. Von sehr vielen wird er belächelt.

„Diese Barbie erzählt dir vom Patriarchat“

Der Plot behandelt die Konfrontation Barbies mit dem Patriarchat: Belästigung und sexuelle Übergriffe, Männer, die ihr die Welt erklären wollen, usw. Sie versucht, ihre weibliche Solidarität zu verbreiten, sagt Frauen, wie schön sie sind, versucht sie zu stärken – aber merkt schnell, wie sie an die Grenzen der gesellschaftlichen Verhältnisse stößt. Im Zuge des Films beschließt der ewig zurückgewiesene Ken, das Patriarchat im „Barbieland“ einzuführen – und scheitert.

Der Film schafft es, mit Ironie und Witz auf Alltagssexismus zu verweisen. Die Begeisterung drückt auch die Freude darüber aus, dass diese Erfahrungen als solche dargestellt werden, mit denen wir nicht allein sind. Zudem bricht der Film das Stigma um vermeintlich schädliche und lächerliche „girly things“. Dieser Sexismus zeigt sich auch darin, wie der Film rezipiert wird, in Tweets nach dem Motto: „Um Oppenheimer zu sehen, muss man Kenntnisse von Physik, Psychologie, Kriegsführung, Geschichte und Kultur haben. Um Barbie zu sehen, muss man ‚woke‘ sein.“

Wir erleben weltweit eine neue feministische Welle. Diese radikalen Veränderungen im Bewusstsein sind auch großen Filmkonzernen nicht entgangen. Sie vermarkten nun Feminismus. Einerseits ist es etwas wert, dass unsere Erfahrungen auf die Leinwand gebracht werden. Auch wenn es von jenen Konzernen kommt, die bis heute

Milliarden mit schädlichen Rollenbildern verdienen. Andererseits sind viele zurecht wütend über dieses „Pinkwashing“. Der Film wurde produziert, um der Firma Mattel ein neues Image zu verleihen. Dass das schon so viel Empörung auslöst, zeigt, wie wenig „woke“ Kapitalismus eigentlich noch sein kann. Selbst der begrenzte Feminismus, der im Zentrum des Films steht – Frauen sollten mehr an der Spitze von Unternehmen und Regierungen stehen – wird zunehmend angegriffen. Dahinter stecken weitere Angriffe auf Errungenschaften

das überall Ungleichheit produziert. Dieser Feminismus blendet die Lebensrealität von weiblichen und queeren Arbeiter*innen aus. Die Kents können von heute auf morgen ein Patriarchat im Barbieland einführen, es wird als etwas von Männern „Ausgedachtes“ dargestellt. Dass das Patriarchat letztlich Männern auch nur Dinge verspricht, die es nicht halten kann und nur eine Illusion von „Macht“ gibt, wird dennoch sehr gut vom Film selbst thematisiert, unter anderem im „I’m just Ken“-Song. Leider wissen wir aber, dass es nicht

Als „Menosphere“ wird ein antifeministisches Netzwerk von „Männerrechtsaktivist(*inn)en“ beschrieben, die vor allem über die Sozialen Medien frauen- und queerfeindlichen Hass verbreiten. Ziel dieser Leute ist es, das rechtskonservative Geschlechterbild zu stärken und erkämpfte Rechte zu zerschlagen. Ein prominentes Beispiel ist der Millionär Andrew Tate, der seine sexistischen Botschaften besonders an junge Männer richtet. Diese bekommen eine vermeintlich bessere Stellung innerhalb des Kapitalismus versprochen. Letztlich profitieren aber

feministischer Bewegungen wie auf das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in den USA. Die „Menosphere“ (siehe Box) sieht in Barbie ein Feindbild und steht im Zusammenhang mit einer wachsenden rechtskonservativen Bewegung. Der immer stärker werdende Backlash gegen Frauenrechte und queere Rechte, ganz besonders gegen Transpersonen, ist in Zeiten der Krise auch ein Mittel der Stärkung traditioneller Geschlechterbilder, die das kapitalistische System stützen.

„Wo ist die Barbie aus der Arbeiter*innenklasse?“

Es ist also klar, dass ein solcher Film nicht thematisiert, wie das Patriarchat im kapitalistischen System wurzelt,

vor allem Kapitalist*innen wie Tate von den propagierten rechtskonservativen Geschlechterrollen. Tate spricht sich dabei für ein zutiefst toxisches Männerbild aus. Zwar ist die „Menosphere“ hauptsächlich im Netz tätig, doch ihre Propaganda und ihr Sexismus werden von vielen jungen Männern angenommen und haben zunehmend schädliche Auswirkungen auf Frauen und queere Menschen im realen Leben. Mittlerweile wurde Tate wegen Menschenhandel und Vergewaltigung in Rumänien angeklagt.

reicht, Frauen und queere Menschen darüber aufzuklären, was Unterdrückung bedeutet. Der „Aha“-Effekt, den die Barbies mit ihrem Schlachtplan herbeiführen, hat in der Realität schon bei sehr vielen Menschen eingesetzt. Andererseits nahmen Aktivist*innen in den aktuellen Protesten in Israel gegen Angriffe auf Frauenrechte mit Slogans wie „This Barbie fights for democracy“ aktiv Bezug auf die Botschaft des Films. Dieses Beispiel zeigt, dass der Film auch zum Anknüpfungspunkt für feministische Proteste werden kann, die dann in der Praxis weit über einen Feminismus der bloßen „Bewusstwerdung“ hinausgehen und für einen sozialistischen Feminismus offen sind.

Info

Über Österreichs Politik an den EU-Außengrenzen: Lipa im Gespräch

Die imperialistische und rassistische Politik Österreichs zeigt sich erneut an den EU-Außengrenzen. Wir sprechen mit **Petar Rosandić (SOS-Balkanroute)** über das Gefängnis in Lipa, Österreichs Außenpolitik und Rassismus.

von Bianca Szabó

Das Flüchtlingslager in Lipa (Bosnien-Herzegowina - BiH), knapp an der kroatischen Grenze, ist seit 2020 ein Ort, an dem tausende Geflüchtete auf der Balkanroute verharren. Die SOS-Balkanroute ist eine humanitäre Initiative, die sich für ein menschenwürdiges Leben von Geflüchteten einsetzt. Im Zuge ihrer Recherchen stellte sie fest, dass in Lipa ein Gefängnis gebaut wurde, welches mitunter von Ex-Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) als Leiter des ICMPD (International Centre for Migration Policy Development) mit 500.000 € mitfinanziert wurde.

Damit sind österreichische Politiker*innen klare Mittäter*innen an der menschenfeindlichen Politik, an den EU-Außengrenzen. Petar Rosandić stellt klar, dass das, was sich an den EU-Außengrenzen abspielt, einen systematischen Rechtsbruch darstelle. Das isolierte Lager in Lipa sei ohnehin schon abgelegen und befinde sich neben einem Minenfeld. Er verglich die Situation mit Guantanamo und wurde deshalb vom ICMPD geklagt. Die mediale Berichterstattung über die Migrationspolitik in Bosnien-Herzegowina bleibt beabsichtigt irreführend. Die bosnischen Behörden teilten am 8. Juni mit, dass die Inbetriebnahme des Gefängnisses abgesagt wurde. Zur selben Zeit aber verkündeten die EU und das ICMPD die Fortführung des Projekts. Das Leben der schutzsuchenden Menschen ist in Lipa verheerend – Petar fragt daher mit Nachdruck: „Was hat ein Gefängnis überhaupt in einem Camp für schutzsuchende Menschen zu suchen?“



Dass Österreich die Politik in BiH beeinflussen will, ist kein Geheimnis und auch kein Zufall. Österreichische Unternehmen wie der Baukonzern Strabag oder die Raiffeisenbank bauen ihren wirtschaftlichen Einfluss in der Region seit Jahrzehnten aus. Der österreichische Staat nimmt damit die Rolle des Täters und des Profiteurs ein. Das ist imperialistische Politik, die auf dem Rücken der Arbeiter*innen getragen wird. Dass durch ein EU-finanziertes Projekt auf mitunter österreichischer Initiative ein Gefängnis an der Grenze zu Kroatien gebaut wurde, ist der Gipfel der fremdenfeindlichen und kapitalistischen Politik. imperialistische Geschäfte am Balkan sind also von konkretem Interesse für österreichische Politiker*innen. Petar beschreibt die österreichische Asylpolitik im Zusammenhang mit staatlichen Rassismus wie folgt: „Der bürgerliche Rassismus manifestiert sich überall“. Das bedeutet, dass wir uns umso mehr der „dominanten politischen Rolle Österreichs am Balkan“ bewusst sein müssen und eine „moral-politische Verantwortung haben“.

Für Petar ist die abgewiesene Klage gegen die SOS Balkanroute ein erster wichtiger Erfolg gegen das System Rassismus und für die Pressefreiheit. Es bleibt einer von vielen Kämpfen, den wir gegen illegale Gefängnisse, gegen systematischen Rassismus und Sexismus weiterführen müssen. Geflüchtete Menschen verdienen ein menschenwürdiges Leben, so auch in Österreich. Es braucht eine Politik, die den Fokus auf Integration und Inklusion legt, nicht auf systematische Ausgrenzung.

Wir müssen gemeinsam anfangen, die Verantwortung für diese Missstände ganz oben zu suchen. Migrant*innen sind keine Bedrohung. Die tatsächliche Bedrohung geht von jenen aus, die sich durch Ausbeutung bereichern. Das sind im Fall Bosnien-Herzegowinas sowohl der österreichische Staat als auch Konzerne und Banken. Um diese Ausbeutung und den systematischen Rassismus bekämpfen zu können, müssen wir uns gegen Imperialismus und Kapitalismus organisieren: „Am Ende bleibt stets unser Ziel, dieses System zu sprengen und es nicht zu erhalten“, so Petar.



Iran: 1 Jahr seit Jina Aminis Ermordung – Es gibt keinen Weg zurück!

von Christoph Glaninger

Am 16.9. jährt sich die brutale Ermordung der jungen Kurdin Jina Amini durch die iranische Sittenpolizei in Teheran. Ihre Ermordung war der Auslöser der größten Bewegung gegen das brutale Mullah-Regime seit seiner Etablierung. Ihre Ermordung wurde zum Symbol für die allseitige Unterdrückung durch das Regime. Der Aufstand, angeführt von jungen Frauen, versammelte hinter sich Industrie-Arbeiter*innen, nationale Minderheiten und Arme. Die Arbeiter*innen der Haft Tappeh-Fabrik schrieben in ihrem Aufruf zu landesweiten Streiks: „Mädchen der Sonne und der Revolution; Am Tag des Sieges wird die ganze Welt vor euch den Hut ziehen – ihr habt allen eine Lektion im Aufstehen und Widerstehen erteilt.“ Auch international hat die Bewegung Millionen inspiriert. Dass feministische Forderungen im Zentrum der Bewegung stehen, zeigt auch die Sprengkraft der globalen Revolte von jungen und arbeitenden Frauen.

Obwohl die Bewegung ein Jahr nach dem Mord – und den vielen die gefolgt sind – nicht mehr dieselbe Präsenz auf den Straßen hat, ist klar: für die Frauen, Unterdrückten, Arbeiter*innen und Jugendlichen im Iran gibt es kein Zurück: Sie haben gesehen, wie zum ersten Mal männliche Arbeiter für junge Frauen gestreikt und sich öffentlich solidarisch gezeigt haben; und wie zum ersten mal Jugendliche auf den Straßen Teherans ihr Leben riskierten, um

durch Demo-Slogans ihre Solidarität mit der kurdischen oder baluchischen Bevölkerung auszudrücken.

„Ich war, ich bin, ich werde sein“

Das sehen wir auch tagtäglich auf den Straßen iranischer Städte, in denen das Regime versucht, die reaktionären Kleidervorschriften wieder durchzusetzen, aber dabei immer wieder auf Widerstand trifft. Im Frühjahr streikten Arbeiter*innen für höhere Löhne. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die revolutionäre Bewegung sich wieder erhebt und frei nach Rosa Luxemburg verkündet: „ich war, ich bin, ich werde sein!“ Für den Jahrestag der Ermordung werden wieder neue Proteste erwartet.

Gleichzeitig ist es notwendig, alle Schlussfolgerungen aus dem mangelnden Erfolg der Bewegung zu ziehen, im Iran und in der Solidaritätsbewegung international. Die Bewegung hat gezeigt, dass das Mullah-Regime keine Zugeständnisse machen kann; alle Fäden des iranischen Staates und der Wirtschaft laufen in seinen Händen zusammen. Sie werden Macht und Reichtum nicht freiwillig aufgeben. Um sie loszuwerden, braucht es die volle Mobilisierung aller Unterdrückten, aber allen voran die Arbeiter*innenklasse. Streiks sind nicht nur schwieriger zu zerschlagen als Demonstrationen – wenn die Arbeiter*innen in der Ölindustrie und anderen industriellen Zentren streiken, treffen sie das Regime nicht nur ins Mark; durch ihre Konzentration und die Kontrolle

der Betriebe stellen sie auch alternative Machtzentren dar. Das kann nur gelingen, wenn sich eine selbstständige revolutionäre Führung der Arbeiter*innen, Frauen, Unterdrückten und Jugendlichen im Iran entwickelt. Dafür braucht es ein Programm, das nicht nur für die Befreiung von der religiösen Unterdrückung, sondern jeder Ausbeutung, Armut und Unterdrückung kämpft.

Gerade die internationale Solidaritätsbewegung und die Diskussionen im Ausland können bei der Entwicklung genau so einer revolutionären Führung und eines Programms eine zentrale Rolle spielen. Aber leider haben gerade hier die Unterstützer*innen von Reza Pahlavi (dem Sohn des ehemaligen Schah) in zahlreichen Ländern mit viel Geld und Unterstützung durch den westlichen Imperialismus die Kontrolle übernommen. Aber diese Kräfte werden nie eine Perspektive auf echte Befreiung im Iran aufzeigen können: Warum sollen Ölarbeiter*innen im Iran für den Sturz des Regimes streiken, wenn sie fürchten müssen, dass ihre Fabriken danach an westliche Konzerne verkauft werden? Deshalb wollen wir als ISA und ROSA einen sozialistischen Pol in der Bewegung aufbauen. Im Herbst 2022 haben wir antikapitalistische, feministische und internationalistische Demonstrationen mit tausenden Teilnehmer*innen organisiert. Wir werden auch am 16.9. auf die Straße gehen und für eine echte Befreiung von jeder Unterdrückung im Iran kämpfen (siehe S.2).

Wir haben eine Welt zu gewinnen – Internationale Schulung der ISA



Anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der Linken Opposition gegen den Stalinismus versammelten sich auf der diesjährigen internationalen Schulung der ISA über 220 Menschen aus mehr als 25 Ländern in Leuven, Belgien – dazu Hunderte weitere online –, um die Analysen, die Ideen, das Programm und den Kampf zum Aufbau revolutionärer Parteien zu entwickeln, die den „Trotzkismus – eine Bewegung für die 2020er Jahre“ ausmachen.

Eine tatsächlich internationale Veranstaltung mit Delegationen aus Brasilien und Mexiko, den USA, Irland, Deutschland, England/Wales/Schottland, Schweden, Israel/Palästina, China/Hongkong/Taiwan, Russland, Südafrika, Kanada, Quebec, Belgien, Italien, Tunesien, dem spanischen Staat, Nigeria, den Niederlanden und Australien. Besonders willkommen waren Delegierte aus Ländern, in denen die ISA gerade dabei ist, ihre

Kräfte aufzubauen, wie Indien, Kolumbien, Rumänien und Portugal. Unter den Online-Teilnehmer*innen befanden sich viele, die den rassistischen Visabestimmungen der EU zum Opfer fielen, etwa aus Nigeria und der Elfenbeinküste, sowie Menschen aus Russland, der Ukraine und Myanmar, die aufgrund der militärischen Konflikte nicht ausreisen konnten. Auch aus Österreich beteiligten wir uns mit einer Delegation an der Schulung.

Lebhafte Diskussionen über eine Internationale Sozialistische Alternative

In den lebhaften Diskussionen ging es um aktuelle Ereignisse, theoretische und historische Lehren und praktische Fragen im Aufbau von Bewegungen und Klassenkämpfen. Die erste Plenumsdiskussion zur Eröffnung drehte sich um das Thema „Krise, Konflikt und Kampf – die neue Phase im Zeitalter der Unordnung“. Die Diskussionen zu diesem Thema wurden in einer Reihe von Arbeitskreisen fortgesetzt, die sich mit der Weltwirtschaft, dem Neuen Kalten Krieg zwischen China und den USA, der Rückkehr der Arbeiter*innenklasse auf die politische Bühne, dem Aufstieg der Rechten und neuen linken Formationen befassten.

Bei 50 Arbeitskreisen ist es unmöglich, über jede einzelne zu berichten.

Einige beschäftigten sich mit Protesten gegen den Klimawandel, für Frauenrechte und gegen LGBTQ+-Unterdrückung. Andere befassten sich mit der Situation in verschiedenen Regionen der Welt – Afrika, China, USA, Osteuropa. Auf besonderes Interesse stießen die Kommissionen, die sich mit der Arbeit von ROSA International und der Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisation bei Amazon befassten.

In den letzten Jahren gab es innerhalb der ISA intensive Diskussionen zu einigen Themen, deshalb gab es auf der Schulung auch eine Reihe von Debatten; z.B. zum Krieg in der Ukraine, wie wir ihn charakterisieren und welches Programm wir brauchen. Als sozialistische Feminist*innen haben wir auch über

unsere Analyse und unseren Umgang mit Ideen wie Intersektionalität diskutiert. Zentral bei allen Kampagnen der ISA ist die Notwendigkeit einer starken, politisch organisierten Arbeiter*innenklasse – der einzigen Kraft, die den Kapitalismus tatsächlich beenden und durch eine demokratische und internationale sozialistische Gesellschaft ersetzen kann. Aus diesem Grund gab es wichtige Kommissionen zu den jüngsten Kämpfen gegen die Teuerung, der Organisation am Arbeitsplatz und in den Gewerkschaften. Die gesammelten Erfahrungen werden eine zentrale Rolle für den Aufbau der ISA international und auch in Österreich spielen.



Kuba 1959: Revolution ohne Arbeiter*innenklasse?

Vom Guerillakampf in den Stalinismus

von Noah Koinig und Gerhard Ziegler

Bis 1898 war Kuba eine spanische Kolonie. Kurz vor dem Sieg im Unabhängigkeitskrieg wurde es von den USA besetzt. Die Folgen: politische und wirtschaftliche Abhängigkeit. Nun wurde für den amerikanischen Markt produziert. In den 1950ern kam Batista durch einen Militärputsch an die Macht. Seine Diktatur war verhasst – auch bei Fidel Castro. Dieser versuchte 1953 mit einer kleinen Gruppe die Moncada-Kaserne zu stürmen. Die Aktion scheiterte und Castro wurde verhaftet. Danach floh er nach Mexiko, wo er die Guerillagruppe M26 gründete. Auch Che Guevara schloss sich an. Nachdem 1956 die M26 in Kuba gelandet war, wurde sie vom Militär niedergeschlagen. Viele, auch Guevara und Castro, versteckten sich in den Bergen, wo sie immer mehr Bauern rekrutierten. Der Wendepunkt kam mit der Eroberung der Militärzentrale in Villa Clara. Gewonnen wurde die Revolution 1959 beim Einmarsch in Havanna.

Fehlen eines sozialistischen Programms

Trotzki schrieb in seiner Theorie der permanenten Revolution, dass eine Revolution vom Proletariat getragen werden muss. Deswegen ist die Guerillataktik nicht ausreichend, da sie die Taktik der Bäuerlichen ist. Auch die Kubanische Revolution wurde auf dem Rücken der verarmten Bauernschaft getragen und nicht auf dem des Proletariats, welches erst in Havanna dazustieß. Die Unterstützung für den Sturz Batistas war groß, doch das

alleine reichte nicht, um eine echte Arbeiter*innendemokratie von unten aufzubauen. Dafür fehlte die Organisation in Betrieben und der Aufbau von demokratischen Strukturen darin, sowie eine revolutionäre Arbeiter*innenpartei. All das braucht es, damit die gesamte Arbeiter*innenklasse (und Bäuerliche) die Macht übernehmen und eine demokratisch verwaltete Wirtschaft und Gesellschaft aufbauen kann.

Castro war kein Sozialist, sondern bürgerlicher Demokrat. Sein Ideal war das demokratisch-kapitalistische Amerika. Nur Guevara und wenige Guerillas hatten Ansprüche, Sozialist*innen zu sein und verfolgten eine Ausweitung der sozialistischen Revolution.

Auch die „Kommunistische“ Partei verfolgte keine antikapitalistische Linie. Sie suchte eine Verbindung mit der Bourgeoisie mit dem Ziel der „patriotischen und demokratischen Revolution“. Die KP unterstützte Batista nach seiner ersten Machtübernahme und hatte zwei Minister in seinem Kabinett. Die M26 wurde zuerst als „Abenteurertruppe“ beschrieben und erst nach der Revolution unterstützt.

US-Imperialismus und Stalinismus

Nach der Revolution wurden viele Reformen durchgesetzt: Enteignung des Großgrundbesitzes, Neuverteilung des Bodens, Verstaatlichung der Zuckerproduktion. Grund dafür war die schlichte Notwendigkeit, die Wirtschaft trotz Embargo aufzubauen. Dies führte weiter zu einem Bruch mit den

bürgerlichen Kräften und zu weiteren Auseinandersetzungen mit den USA. 1960 starteten die USA eine Konterrevolution mit dem Ziel, der „Retter“ vor der Revolution zu sein. Diese wurde aber schnell niedergeschlagen, da es starke Unterstützung für das Castro-Regime gab. Daraufhin erlegten die USA ein Finanz-Embargo und brachen jegliche Beziehungen ab. Als Gegner des US-Imperialismus wandte sich Kuba dem Stalinismus zu. Zunächst führte dies zur Verbesserung des Lebensstandards: Senkung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Lebenserwartung und ein starkes Wirtschaftswachstum bis in die 80er. Jedoch war das Castro-Regime von vielen Krisen geplagt, die durch den Zusammenbruch des Stalinismus verschlimmert wurden.

Kuba wurde oft als „Arbeiter*innendemokratie vor der Nase des US-Imperialismus“ bezeichnet. Die Realität war aber ganz anders. Nach der Revolution lag die Macht bei einer Schicht von privilegierten Funktionären, Kontrolle und Verwaltung lag bei Castro und seinen Anhängern. Um eine sozialistische Demokratie aufzubauen, müssen die Produktivkräfte weiterentwickelt werden. Dafür braucht es mehr als nur die Bauernschaft. Eine Revolution getragen vom Proletariat, also von den Produzent*innen selbst, kann die Wirtschaft auf eine demokratische und soziale Weise weiterentwickeln. Nach der Kubanischen Revolution erlangte die Guerilla-Taktik auch in Europa Ausbreitung (bsp. RAF). Dies führte ins Desaster. Das wahre Potential einer geplanten Wirtschaft kann nur von den Massen erkämpft werden.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 315 | 09/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

BEWEGUNG GEGEN SEXISMUS

UND RASSISMUS AUFBAUEN!



AUS DEM INHALT

» „Barbie“ bricht Rekorde, wird gefeiert und verteufelt. Was sagen sozialistische Feminist*innen dazu?

Seite 13

» Die Herbstlohnrunder finden vor dem Hintergrund von **Teuerung** und Wirtschaftsflaute statt. Doch der **Widerstand im Bildungsbereich** kann Vorbildwirkung entfalten. **Seiten 3+6**

» Internationalismus ist ein Grundprinzip für Sozialist*innen. Was können wir aus der **Geschichte der „Internationalen“** für heute lernen? **Schwerpunkt**